

INTERVIEW 03.08.2015, KRAKAU

Joanna Talewicz-Kwiatkowska: Stellen Sie sich bitte vor, erzählen Sie etwas über sich und die Organisation, die Sie repräsentieren.

Romani Rose: Mein Name ist Romani Rose. Ich bin 1946 in Heidelberg in Deutschland geboren, kurz nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs. Ich bin seit 1982 geschäftsführender Vorsitzender des Zentralrats Deutscher Sinti und Roma. Das ist eine Dachorganisation mit Sitz in Heidelberg, die sich auf Bundesebene für die Interessen der Minderheit der Sinti und Roma in Deutschland einsetzt, aber auch im Zusammenhang mit internationalen Entwicklungen Stellung bezieht und aktiv wird.

Małgorzata Kołaczek: Wenn Sie an die Anfänge des Zentralrats zurückdenken, wie war es damals? Welche Hindernisse gab es, wie reagierte die Öffentlichkeit auf den Zentralrat?

Romani Rose: Ich muss natürlich damit beginnen, wie ich persönlich in die Arbeit reingekommen bin. 13 Personen aus meiner Familie sind in den verschiedenen deutschen Konzentrationslagern ermordet worden, darunter meine Großeltern. Mein Großvater ist in Auschwitz, meine Großmutter in Ravensbrück ermordet worden, und außer ihnen elf weitere nahe Verwandte aus meiner Familie. Das hat natürlich auch mich geprägt. Ich bin im Schatten des Holocaust aufgewachsen. Ich meine damit, dass mein Vater immer mit dem Schuldgefühl gelebt hat, dass seine Eltern in den Konzentrationslagern ermordet worden sind und er ihnen nicht helfen konnte. Er selbst hat sich mit falschen Papieren in ganz Europa versteckt. Er hat geglaubt, er habe seine Eltern im Stich gelassen; wäre er selbst auch nach Auschwitz gegangen, hätte er mehr für sie tun können. Dieses Schuldgefühl, das mein Vater seinen Eltern gegenüber hatte, hat meine ganze Erziehung geprägt.

Mit der Gründung der Bundesrepublik im Jahre 1949 hat Deutschland sehr schnell die Shoa anerkannt. Das war eine wichtige Voraussetzung, um nach den barbarischen Verbrechen der Nazis in Europa wieder in die internationale, zivilisierte Staatengemeinschaft aufgenommen zu werden. Der Völkermord an den 500 000 Sinti und Roma im nationalsozialistisch besetzten Europa war für die Bundesrepublik politisch ohne Bedeutung, weil die Alliierten diesem Verbrechen keine Aufmerksamkeit schenkten. Sie betrachteten es als ein Anhängsel der Shoa und nicht als ein gesondertes Verbrechen, das genauso organisiert und bürokratisch durchgeführt worden ist wie die Shoa. Die Nazis hatten in Berlin beim Reichssicherheitshauptamt die sogenannte Rassenhygienische Forschungsstelle eingerichtet, die die Aufgabe hatte, Sinti und Roma im Deutschen Reich auf der Grundlage von Genealogien zu erfassen. Diese Genealogien wurden unter anderem mit Hilfe von Kirchenbüchern, Taufscheinen und Eheschließungsurkunden erstellt. Unsere Kirche, die katholische Kirche, hatte uns verraten. Dann wurden Rassegutachten angefertigt. Die Nazis erklärten, dass selbst ein Achtelzigeuner „rassisch minderwertig“ war und der Vernichtung zugeführt werden sollte. Es reichte also, dass einer von acht Urgroßelternanteilen der Minderheit angehört hat. In der Tarnsprache der Nazis hieß es in der Urkunde „Evakuierung“. „Evakuierung“ war die Verbringung in ein Vernichtungslager zur Ermordung.

Weil aber dieser Völkermord nicht anerkannt wurde, konnte sich das rassistische Denken im Hinblick auf unsere Minderheit in den bürokratischen Institutionen der neugegründeten

Bundesrepublik, insbesondere in den Sicherheitsbehörden und den Polizeibehörden, ungehindert fortsetzen. Sinti und Roma der Nachkriegsgeneration wurden weiterhin erfasst, sie waren polizeilichen Schikanen, willkürlichen Kontrollen und Verhaftungen ausgesetzt. Die Minderheit wurde auch nach dem Krieg von den Behörden diffamiert, die behaupteten, Sinti und Roma hätten eine genetische Veranlagung zur Kriminalität. Es war dasselbe, was die Nazis früher gesagt hatten: diese Rasse hat bestimmte negative Eigenschaften. Dasselbe galt in der nationalsozialistischen Zeit auch für die Juden und bildete die Grundlage für deren Verfolgung, doch mit der Gründung der Bundesrepublik Deutschland hat man damit aufgehört.

Wir aber, sowohl die Überlebenden des Holocaust als auch deren Nachkommen, mussten aufgrund dieser fortgesetzten Kriminalisierung, die uns gesellschaftlich chancenlos machte, unsere Identität als Angehörige der Minderheit verleugnen. Auch ich habe über viele Jahre meine Identität nie nach Außen gezeigt. Die Deutschen haben uns nicht rehabilitiert, haben das Unrecht nicht anerkannt und für uns als Minderheit weder moralische noch finanzielle Wiedergutmachung geleistet. Mit finanzieller Wiedergutmachung meine ich Entschädigung für die Überlebenden. Wir Nachgeborenen hatten keinen Anspruch auf Entschädigung, obwohl ganze Familien, insgesamt 500 000 Menschen, dem Völkermord in Europa zum Opfer fielen.

Diese Erfahrungen bildeten den Hintergrund für meine eigene Politisierung.

Die Bundesrepublik ist heute ein demokratischer Rechtsstaat, wir haben sehr unterschiedliche Parteien: die FDP, die Freien Demokraten, die Grünen, die CDU, die SPD, die Linken, all das sind demokratische Parteien. Unsere Gesellschaft engagiert sich sehr hinsichtlich der historischen Aufarbeitung der NS-Verbrechen. All das hat zur Demokratisierung Deutschlands beigetragen und uns als Minderheit die Chance für die Anerkennung des erlittenen Unrechts gegeben. Auf dieser Grundlage entstand bereits sehr früh, im Jahre 1956, die politische Selbstorganisation der Betroffenen, initiiert durch meinen Vater und meinen Onkel, die zu diesem Zeitpunkt aber chancenlos war. Im Jahre 1971 konnte meine Familie, genau genommen mein Onkel, die Errichtung des Denkmals für die ermordeten Sinti und Roma in Auschwitz erwirken. Doch die Verbrechen der Nazis an unserer Minderheit sind erst mit der Gründung einer breiten Bürgerrechtsbewegung, getragen in erster Linie durch die Nachkriegsgeneration, die seit Ende der Siebzigerjahre durch verschiedene öffentliche Aktionen auf ihre Anliegen aufmerksam machte, anerkannt worden.

Heute ist der Zentralrat Deutscher Sinti und Roma eine national und international anerkannte Institution. Seit 1982 ist der Völkermord offiziell anerkannt und Sinti und Roma haben seit 1995 den gesetzlichen Status einer nationalen Minderheit. Die Verbrechen der Nazis sind auch im Bildungssystem verankert, wenngleich nicht in dem Ausmaß, in dem wir uns das wünschen. In vielen Städten und Gemeinden gibt es Erinnerungstafeln und Denkmäler, die an die Deportation der Sinti und Roma erinnern, die dort gelebt haben und dann von den Nazis deportiert wurden. Die Bundesrepublik ist ein föderaler Staat und wir haben 17 Landes- und Mitgliedsverbände in den verschiedenen Bundesländern. Der Zentralrat hat bundespolitische Aufgaben, die Landesverbände haben landespolitische Aufgaben. Wir haben erreicht, dass die Bundesländer Rheinland-Pfalz, Hessen, Bremen,

Baden-Württemberg und demnächst auch Bayern, mit unseren Landesverbänden Staatsverträge bzw. öffentlich-rechtliche Verträge über Schutz und Förderung unserer Minderheit abgeschlossen haben. In Schleswig-Holstein stehen wir sogar in der Landesverfassung, dem höchsten Gesetz eines Bundeslandes. Wir sind dort als Minderheit benannt, mit dem Anspruch auf Schutz und Förderung. Das ist vorbildhaft für Europa und eine wichtige Voraussetzung für die Gleichberechtigung unserer Minderheit im gesellschaftlichen Leben in Deutschland.

Trotzdem gibt es auch in Deutschland Rassismus und Diskriminierung. Gerade jetzt, in den Zeiten der Wirtschaftskrise und des steigenden Zustroms von Flüchtlingen, beobachten wir wieder eine Zunahme rechter Gewalt. Diese Gewalt richtet sich nicht nur gegen Flüchtlinge, sondern z. B. in Osteuropa auch gegen die Roma. Das passiert in Tschechien, in der Slowakei, in Ungarn hat es sogar Mordanschläge gegeben. Zu solchen Übergriffen kommt es auch in Deutschland.

Wir waren gestern in Auschwitz und haben der 3000 Sinti und Roma gedacht, die in einer einzigen Nacht, vom 1. auf den 2. August 1944, ermordet worden sind. Unter diesen 3000 Menschen waren alte Menschen, Frauen, Kinder und Männer. Insgesamt sind in Auschwitz über 21 000 Sinti und Roma ermordet worden, und diese Zahl umfasst nur diejenigen, die registriert worden sind und eine tätowierte Lagernummer bekommen haben. Denn es gab auch Transporte, bei denen die Ankommenden gar nicht registriert wurden, sondern direkt in die Gaskammern geschickt wurden.

Die Politik gibt an Gedenktagen immer wieder verpflichtende Erklärungen ab, dass sie Verantwortung übernehmen will, dass wir die Vergangenheit nicht vergessen dürfen. Doch gleichzeitig betreiben auch demokratische Politiker Populismus und kriminalisieren unsere Minderheit in vielfältiger Weise, um sich die Stimmen der rechtsgesinnten Wähler zu sichern. Das ist nicht nur gefährlich, sondern in Anbetracht der Geschichte verantwortungslos. Eigentlich müsste sich die Bundesrepublik Deutschland dafür auf internationaler Ebene verantworten, doch sie wird sich nur dann verantworten müssen, wenn die Frau Bundeskanzlerin mal in den Vereinigten Staaten von Amerika gefragt wird: warum gibt es in Deutschland Antiziganismus? Ja, wenn Präsident Obama Frau Merkel mal nach dem Völkermord und dem Antiziganismus fragen würde, dann würde man in der Bundesrepublik Deutschland viel sensibler mit diesem Thema umgehen.

Joanna Talewicz-Kwiatkowska: Wie Sie bereits gesagt haben, war der Weg der Anerkennung der Vernichtung der Sinti und Roma ein sehr langer Weg. Auch heutzutage wollen viele Leute den Roma nicht denselben Status einräumen wie den jüdischen Holocaust-Opfern. Es erheben sich Stimmen, dass Sinti und Roma nicht aus rassistischen Gründen verfolgt worden sind. Diesen Standpunkt vertritt auch Prof. Yehuda Bauer. Die Diskussion dreht sich hauptsächlich darum, wie man die Vernichtung der Sinti und Roma bezeichnen sollte: als Holocaust, Völkermord, Porajmos? Viele behaupten, die Bezeichnung „Holocaust“ wäre den Juden vorbehalten, da sie für die massenhafte und rassistisch bedingte Ermordung dieser Minderheit steht. Was würden Sie dazu sagen?

Romani Rose: Das Europäische Parlament hat am 15. April 2015 den Holocaust an Sinti und Roma offiziell anerkannt, und es hat diese Verbrechen der Nazis als Holocaust anerkannt. Es

gibt sehr verschiedene Bezeichnungen: Völkermord, Genozid. Porajmos ist eine Bezeichnung, die von der Minderheit selbst eingeführt wurde. Der Begriff Holocaust stammt aus dem Griechischen und drückt das aus, was die Verbrechen der Nazis wirklich waren: ein Vernichtungsprozess, der systematisch und planmäßig, auf einer bürokratischen Grundlage in ganz Europa durchgeführt worden ist, und zwar an den beiden Minderheiten. Sie haben Herrn Yehuda Bauer zitiert. Yehuda Bauer war der Direktor des Instituts Yad Vashem in Israel. Ich finde es peinlich, wenn sich zwei Opfergruppen darüber streiten, wem Hitler oder Himmler mehr Aufmerksamkeit gegeben hat. Unseren Menschen wäre es damals wohl lieber gewesen, hätten sie diese Aufmerksamkeit nicht bekommen. Aber wenn sich in dem Begriff „Holocaust“ die Verpflichtung der europäischen und internationalen Staatengemeinschaft gegenüber den Juden ausdrückt, jeder Form von Antisemitismus entgegenzuwirken, weil der Antisemitismus zu dieser mit nichts anderem vergleichbaren Katastrophe geführt hat, dann muss dieser Begriff auch für uns gelten. Denn Sinti und Roma sind genauso wie die Juden ausschließlich auf der Grundlage ihrer biologischen Existenz, nur weil sie Sinti oder Roma gewesen sind, vernichtet worden, und zwar im gesamten Einflussbereich der Nazis.

Die Juden haben den Begriff „Shoa“ eingeführt, das ist ein jüdischer Begriff und den können sie verwenden, da haben wir keine Einwendungen. Aber der Begriff „Holocaust“ ist den Juden nicht vorbehalten. Er drückt nämlich das aus, was den Juden und den Sinti und Roma gemeinsam geschehen ist. Unsere beiden Minderheiten waren Geschwister in der europäischen Geschichte der Verfolgung, sie hatten für die Obrigkeit immer die Funktion des Sündenbocks, und wir machen uns lächerlich, wenn wir darüber diskutieren, wem Hitler ein größeres Unrecht angetan hat, denn da gibt es nichts zu diskutieren. Es hat auch bei den Juden Ausnahmen gegeben, ein Halbjude konnte unter Umständen eingedeutscht werden. Der Generalfeldmarschall Milch war Jude, doch Göring hat gesagt: „Wer Jude ist, bestimme ich“. Die Nazis haben es also ganz willkürlich gemacht. Doch grundsätzlich kann man sagen, dass sowohl Juden, wie auch Sinti und Roma der Vernichtung zugeführt werden sollten.

Wenn die Juden einen eigenen Begriff haben wollen, dann sollen sie den Begriff „Shoa“ verwenden, wir werden an dem Begriff „Holocaust“ festhalten. Was den Begriff „Porajmos“ angeht, weiß ich nicht, ob Präsident Obama oder Frau Merkel oder der französische oder polnische Staatspräsident den kennen. Wir brauchen keinen Begriff in unserer Sprache. Wir brauchen ein Wort, das die Verbrechen der Nazis gegenüber unserer Minderheit ausdrückt, und diese Bedeutung ist in dem Begriff „Holocaust“ enthalten. Wir werden also diesen Begriff verwenden und jeder andere, der sich korrekt zur Geschichte stellt, wird es uns gleich tun.

Joanna Talewicz-Kwiatkowska: Es ist auch Ihnen zu verdanken, dass das Denkmal für die ermordeten Sinti und Roma in Berlin eingeweiht worden ist. Können Sie uns den Weg beschreiben, der dazu geführt hat?

Romani Rose: Das war ein langer Prozess, den ich nicht in den einzelnen Phasen beschreiben kann und will. Es gab in Deutschland eine Initiative von Personen, die ein Denkmal für die jüdischen Holocaust-Opfer im Zentrum Berlins errichten wollten. Wir haben uns dann zu Wort gemeldet und gesagt, dass der Begriff „Holocaust“ auch die Ermordung von 500 000 Sinti und Roma bezeichnet, und wenn der Staat den jüdischen Opfern dieses Verbrechens gedenkt, dann müssen auch die Sinti und Roma, die ebenfalls dem Holocaust zum Opfer

gefallen sind, in dieses Denkmal mit einbezogen werden. Dieser Prozess hat sich über viele Jahre hingezogen. Schließlich haben wir uns auf zwei Denkmäler geeinigt. Das Denkmal für die ermordeten Sinti und Roma liegt direkt im Zentrum von Berlin, in unmittelbarer Nähe des Bundestags und des Brandenburger Tors. Die Bundesrepublik hat sich mit dem Denkmal für unsere Opfer auch zu diesem Teil der deutschen Geschichte bekannt. Frau Bundeskanzlerin Merkel hat bei der Einweihung eine sehr wichtige Rede gehalten. Der Bundespräsident und ca. 800 Gäste aus der nationalen und internationalen Öffentlichkeit waren anwesend. Dieses Denkmal hat die Aufgabe, daran zu erinnern, dass dieses Verbrechen auch an unserer Minderheit begangen wurde und dass es für die Demokratie in der Gegenwart eine Verpflichtung darstellt, dem Antiziganismus genauso entschieden entgegenzutreten wie dem Antisemitismus. Das Denkmal ist im Jahre 2012 der Öffentlichkeit übergeben worden, 20 Jahre nach unserer Forderung. Das war ein sehr langer Weg und ich bin froh, dass es gelungen ist. Doch es macht deutlich, dass man selbst in der Demokratie seine Rechte nicht geschenkt bekommt, sondern sie sich erkämpfen muss. Man erkämpft sie sich mit demokratischen Mitteln, indem man eine öffentliche Diskussion über Forderungen und Benachteiligungen führt, die auf politischer Ebene zu den entsprechenden Entscheidungen führen muss.

Malgorzata Kofaczek: Sie waren sozusagen der Vorreiter dieser Roma-Bewegung, die sich für die Gleichberechtigung der Sinti und Roma einsetzte. Wie bewerten Sie heutzutage die Bewegung der Roma in Europa? Kann man überhaupt von einer Mobilisierung und Zusammenarbeit der europäischen Roma sprechen, oder sind das immer noch eher Bemühungen von einzelnen Personen? Was könnte man tun, damit Sinti und Roma sich auch Nationen übergreifend zusammenschließen und sich gemeinsam für ihre Rechte einsetzen?

Romani Rose: Zunächst muss ich betonen, dass Sinti und Roma Bürger des Staates sind, in dem sie seit Jahrhunderten leben. Wir sind keine europäische Minderheit. Wir haben unterschiedliche Sprachen und Kulturen entwickelt, weil unsere Kultur immer von der jeweiligen nationalen Kultur mitgeprägt worden ist und ihrerseits auch die nationale Kultur mitgeprägt hat. Was wäre die europäische Klassik: Beethoven, Brahms, Händel, Liszt, ohne den Einfluss der Roma-Musik?

Rassismus beginnt da, wo man kulturelle Identität über die nationale Identität stellt. Ich kann Roma sein und trotzdem auch Pole oder Deutscher sein. Ich kann ein eigenes Musikverständnis haben und trotzdem die polnische Polka oder die Musik von Wagner oder Beethoven mögen. Das spielt doch keine Rolle. Die Kultur gehört der Menschheit und jeder, der sich mit dieser Kultur identifiziert, sollte sich an ihr erfreuen dürfen.

Für unsere Zukunft ist es entscheidend, dass wir eine Gleichberechtigung in unseren jeweiligen Nationalstaaten bekommen. Die Roma-Minderheit ist mit zehn bis zwölf Millionen Menschen die größte Minderheit in Europa. Diese Menschen sind ganz normal integriert, sie sind Arbeiter, Angestellte, Akademiker und Künstler, und es gibt unter uns große Persönlichkeiten, die sich nach und nach zu der Minderheit bekennen. Wer wusste zum Beispiel, dass Charlie Chaplin englischer Roma war? Oder der bekannte Schauspieler Michael Caine, der polnische Wurzeln hat und Roma ist? Es gibt auch bekannte Sportler mit Roma-Wurzeln. Doch der rassistische Druck der Gesellschaft zwingt unsere Minderheit dazu, anonym zu bleiben. In der nationalen und der europäischen Öffentlichkeit wird immer nur

ein ausgrenzendes, von Klischees geprägtes Bild verbreitet. Wir repräsentieren die Armut, und das ist schlecht. Früher haben die Juden den Reichtum repräsentiert, und das war auch schlecht, dafür wurden sie von den Nazis ermordet, weil sie reich waren und man ihnen ihr Eigentum wegnehmen wollte.

Minderheiten tragen immer die Verantwortung für das, was gerade in der Gesellschaft akut ist. Damit hat Europa keine Zukunft. Wir müssen zu unseren Werten stehen. Jeder Mensch ist individuell verantwortlich für sein Handeln. Unsere Solidarität, die Solidarität der deutschen Sinti und Roma, gehört den Roma in Ungarn, wenn sie dort verfolgt werden. Diese Solidarität gehört auch allen Roma in den osteuropäischen Ländern vor dem Hintergrund der Erfahrung der Nazi-Barbarei und des Holocaust, der ja auch in diesen Ländern stattgefunden hat. Doch ich möchte nochmals betonen, dass die Roma vor allem Bürger des Staates sind, in dem sie seit Jahrhunderten leben.

Ich glaube, das ist der größte Unterschied zwischen Ost- und Westeuropa. In Westeuropa hatten wir nach dem Krieg siebzig Jahre Freiheit. Wir haben an dem Demokratisierungsprozess teilgenommen und können jetzt in Deutschland die Frau Bundeskanzlerin offen kritisieren. Ob das in einigen Ländern Osteuropas in diesem Ausmaß möglich ist, bin ich mir nicht sicher. Die Roma in Osteuropa müssen erst mal ein Bewusstsein entwickeln, um sich mit ihrer benachteiligten Situation auseinanderzusetzen. In Osteuropa gibt es eine Form von Apartheid. Die Roma werden, wie in Südafrika die Schwarzen, in Ghettos gesteckt, aus dem Bildungssystem herausgenommen. Man sagt: die wollen keine Bildung, die wollen keine schönen Wohnungen, die wollen ganz einfach leben, denn das entspricht ihrem kulturellen Verständnis. Das ist Rassismus: man nimmt uns jede Form der Gleichberechtigung und erklärt das auch noch zu unserer kulturellen Identität. Das können wir nicht akzeptieren. Unsere Waffe ist die Demokratie. Sie gibt uns die Möglichkeit, alles öffentlich zu kritisieren. Die westliche Welt hat gewisse Werte aufgestellt, doch wenn diese Werte glaubwürdig sein und wirklich vertreten werden wollen, dann muss man uns in Zukunft einen gleichberechtigten Platz in der Demokratie in unseren Heimatländern anbieten.

Joanna Talewicz-Kwiatkowska: Heutzutage ist die Diskriminierung der Roma auch in einem breiteren Kontext zu sehen, nämlich dem allgemeinen Unmut gegenüber Migranten und Flüchtlingen, die Sie auch gestern in Ihrer Rede erwähnt haben. In diesem Zusammenhang, wie stehen Sie zu der neuen Initiative, ein Europäisches Roma-Institut zu gründen? Was glauben Sie, welche Rolle könnte dieses Institut in der Bekämpfung der Diskriminierung und der Klischees gegenüber den Roma spielen?

Romani Rose: Wir dürfen nicht davon ausgehen, dass auf der einen Seite die Roma und auf der anderen Seite die Nicht-Roma stehen. Es geht heute darum, die Demokratie und damit die europäische Zukunft zu sichern. Das ist ein Anliegen, das alle Menschen in Europa verbinden muss. Die Rechtsextremen suchen einen Sündenbock, sie machen Juden, Roma, Sinti und Flüchtlinge für alles Mögliche verantwortlich, doch ihr eigentliches Ziel ist die Beseitigung der Demokratie. Wir hatten in Europa siebzig Jahre lang inneren und äußeren Frieden. Wir sind eine Generation, die im Frieden, im Wohlstand, in der Freiheit aufgewachsen ist. Die Demokratie ist zwar nichts Vollkommenes, aber sie ist besser als die Diktatur, weil die Diktatur die Menschheit immer in den Abgrund geführt hat. Die Nazis

haben nicht nur sechs Millionen Juden und 500 000 Sinti und Roma umgebracht, sondern auch ganz Europa in den Abgrund gerissen. Deswegen müssen wir uns gemeinsam mit allen jungen Menschen in Europa diesen Rechtsextremen entgegenstellen. Jeder Mensch ist individuell und individuell für sich verantwortlich. Wir reden sehr schnell von Terrorismus, wenn es um andere geht, doch in Bezug auf Rechtsextreme wird dieser Begriff gar nicht erst verwendet. Dabei üben Rechtsextreme in Europa, in den europäischen Demokratien Terrorismus aus. Das müssen wir beenden, indem wir die Menschen aufklären.

Joanna Talewicz-Kwiatkowska: Vielen Dank, dass Sie uns so viel Zeit gewidmet haben.